

Antrag G01: TVStud – JETZT oder NIE!

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen (Landeshochschulgruppen), Juso-Hochschulgruppen Sachsen-Anhalt (Landeshochschulgruppen)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gute Arbeit

1 So stark wie noch nie: So steht das bundesweite TVStud-Bündnis in diesem Jahr mit
2 Blick auf die Tarifverhandlungen dar und wartet auf den längst überfälligen großen
3 Erfolg: einen studentischen Tarifvertrag. Seit über zwei Jahren bereitet sich in über
4 sechzig Städten eine breite studentische Bewegung auf die Tarifrunde der Länder (TV-
5 L) vor, um endlich grundlegende Verbesserung für studentisch Beschäftigte zu
6 erreichen.

7 **Zwischen Privileg und Ausbeutung**

8 Inzwischen sind die absolut prekären Arbeitsbedingungen von studentischen
9 Beschäftigten, welche gleichzeitig einen unverzichtbaren Beitrag zum Hochschulbetrieb
10 leisten, für viele keine Neuigkeit mehr. Denn ohne sie funktioniert der akademische
11 Hochschulbetrieb nicht. Sie unterstützen Lehrende, forschen, assistieren in Laboren
12 und tragen zur reibungslosen Organisation des Studienbetriebs bei. Trotz ihrer
13 wichtigen Rolle sind sie mit prekären Arbeitsbedingungen konfrontiert, die ihre
14 finanzielle Sicherheit und ihre akademische Entwicklung beeinträchtigen.

15 Aber diese Analyse hat noch eine zweite Seite: Studentisch beschäftigt zu sein ist
16 trotz oder gerade wegen dieser ausbeuterischen Verhältnisse für viele ein Privileg
17 und so in den Regelfällen Studierenden aus bildungsnahen Familien vorbehalten. So
18 haben 61,3% der studentisch Beschäftigten einen Elternteil mit (Fach-
19)Hochschulabschluss, verglichen mit nur 52% der Studierenden insgesamt. So kann sich
20 nicht jede*r solch schlechte Arbeitsbedingungen zur Bewältigung der monatlichen
21 Kosten leisten. Wie die 22. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerkes dieses
22 Jahr deutlich gemacht hat, müssen 63% aller Studierenden neben ihrem (Vollzeit-
23)Studium einem Nebenjob nachgehen. Unter den studentischen Arbeitgeber*innen stellt
24 der öffentliche Dienst (Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen)
25 den größten Arbeitgeber. Fast 40% der Studierenden arbeiten nebenbei im akademischen
26 Bereich und das unter prekären Arbeitsbedingungen!

27 Wir schließen uns somit der Analyse des TVStud-Bündnisses in ihrer Studie „Jung.
28 Akademisch. Prekär.“ an: Eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst schützt nicht vor
29 Prekarität und Armut – das ist für uns als sozialistischer Studierendenverband
30 keineswegs hinzunehmen!

31 Gleichzeitig steht zwar außer Frage, dass nicht alle studentisch Beschäftigten
32 armutsbetroffen sind, gerade auch aus dem Grund, dass viele aus bildungsnahen und
33 sozio-ökonomisch privilegierteren Haushalten kommen, aber dass diejenigen die auf
34 ihren Lohn maßgeblich angewiesen sind, deutlich mehr arbeiten müssen, um ihre
35 Lebenserhaltungskosten zu stemmen.

36 Als Juso-Hochschulgruppen erkennen wir somit an, dass den Zahlen zufolge, wie viel
37 Einkommen Studierende monatlich zur Verfügung haben, die Studierenden im Regelfall

38 alles andere als reich, im Gegenteil sogar Drei-Viertel armutsgefährdet sind.
39 Gelderwerb ist das Hauptmotiv für die Aufnahme einer Tätigkeit als studentische*r
40 Beschäftigte*r – umso mehr, je niedriger die sozio-ökonomische Herkunft.

41 **TVStud im Kampf gegen studentische Armut**

42 Wenn wir über ausbeuterische Arbeitsverhältnisse sprechen, von denen ein Großteil der
43 Studierenden betroffen ist, müssen wir auch die Brücke zur studentischen Armut
44 schlagen. Studentische Armut hat viele Gesichter, allen voran eine unzureichende
45 Studienfinanzierung im Rahmen des BAföGs, aber wird durch schlechte
46 Arbeitsbedingungen massiv verstärkt.

47 So müssen wir den Kampf nach besseren Arbeitsbedingungen – also in diesem Falle
48 den Kampf für einen TVStud – auch immer als eine Säule im Kampf gegen
49 studentische Armut sehen. Die Entprekariisierung der Beschäftigungsverhältnisse mit
50 Mindestvertragslaufzeiten, Mindeststundenumfängen und einem höheren Stundenentgelt
51 könnte die soziale Lage von über 300.000 Studierenden erheblich verbessern und würde
52 sich darüber hinaus auf den gesamten studentischen Arbeitsmarkt auswirken. Selbst,
53 wenn die Notwendigkeit einer Nebentätigkeit während des Studiums nicht abgeschafft
54 werden kann, könnten so viele Studierende vor der Armutsfalle gerettet werden.

55 **Ein fairer Wissenschaftszugang fängt mit einem TVStud an!**

56 Neben der sozioökonomischen Bedeutung, die der Kampf für einen TVStud aufweist,
57 spielt auch die bildungspolitische Komponente eine große Rolle. So geht es nicht
58 allein um das Ende von studentischem Prekariat und Armut, sondern auch um einen
59 gerechten und inklusiven Hochschul-/Wissenschaftszugang. Obwohl die
60 Arbeitsbedingungen so prekär sind, ist eine Beschäftigung in der Wissenschaft
61 essentiell für eine Promotion. Denn rund Drei-Viertel der Doktorand*innen gingen vor
62 ihrer Promotion einer Tätigkeit als SHK/WHK oder Tutor*in nach. So ist es nicht
63 auszuschließen, dass eine solche Erwerbstätigkeit als notwendige Voraussetzung im
64 Lebenslauf für eine Promotion angesehen wird.

65 Aus diesem Grund ist der Kampf für gute Arbeitsbedingungen für studentisch
66 Beschäftigte immer auch eine Frage dahingehend, wem die Wissenschaft gehört. Im
67 aktuellen Status Quo ist demnach die Forschung allen voran Studierenden aus
68 bildungsnahen Haushalten vorbehalten. Um Studierenden, deren Eltern keinen
69 Hochschulabschluss vorweisen, die gleichen Chancen für eine Promotion zu
70 gewährleisten, brauchen wir jetzt den TVStud!

71 Als sozialistischer und antirassistischer Studierendenverband kämpfen wir für einen
72 fairen Wissenschaftszugang für alle! Dies schaffen wir nur mit einem Tarifvertrag,
73 der die Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten verbessert, faire Löhne
74 gewährleistet und eine gerechte Entlohnung für ihre wertvolle Arbeit sicherstellt.

75 **SPD – setzt euch für bessere Arbeitsbedingungen ein!**

76 Als Studierendenverband der SPD kommt uns dabei eine besondere Rolle zu. Wir dürfen
77 uns nicht nur als Teil studentischer Bündnisse sehen, sondern müssen auch aktiv in
78 unserer Partei Druck ausüben. Ziel ist es hierbei nicht, dass die SPD in die
79 Tarifautonomien der Gewerkschaften eingreift, sondern aktiv den politischen Kampf der
80 Studierenden und der Gewerkschaften unterstützt, indem sie ihre Verhandlungsposition
81 in der Tarifgemeinschaft der Länder zugunsten eines studentischen Tarifvertrags
82 nutzt. Dies ist im Rahmen der selbstauferlegten Blockade durch den

83 Arbeitgeber*innenverband/Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) möglich, die sowohl
84 eine bundesweite Tarifierung ablehnen als auch einstimmig gegen die Möglichkeit von
85 Verhandlungen in einzelnen Ländern gestimmt haben. In der TdL sind alle
86 Landesregierungen (außer Hessen) durch die Finanzminister*innen (in Brandenburg und
87 Saarland die Innenminister*innen) vertreten. Die SPD stellt aktuell 6
88 Finanzminister*innen, 8 Wissenschaftsminister*innen in weiteren 5 Landesregierungen
89 ist die SPD in einer Koalition an der Regierung beteiligt, wodurch sie eine große,
90 ausschlaggebende Verhandlungsmacht hat.

91 Diese muss die SPD nutzen und für den TVStud in den Verhandlungen kämpfen!

92 Gleichzeitig muss die SPD auch auf gesetzgeberischer Ebene in den Landesregierungen
93 tätig werden. Beispielsweise durch die Einführung von Personalvertretungen braucht es
94 auch außerhalb des TVStuds eine starke Stimme seitens der SPD für gute (studentische)
95 Arbeitsbedingungen..

96 Wenn es also heißt, dass die SPD seit mehr als 160 Jahren für bessere
97 Arbeitsbedingungen kämpft, ist es jetzt unsere Aufgabe, sie an ihre ursprüngliche
98 Aufgabe zu erinnern!

99 **Gewerkschaften an Hochschulen stärken!**

100 Da Gewerkschaften Tarifverträge wie den Tarifvertrag der Länder verhandeln, spielen
101 diese ebenfalls eine große Rolle. In der Studierendenschaft ist der gewerkschaftliche
102 Organisationsgrad jedoch gering. Das liegt allen voran an dem mehrheitlichen
103 akademischen Herkunftsmilieu der studentisch Beschäftigten sowie an dem relativ
104 geringen Anteil derjenigen, die vor Studienstart eine Berufsausbildung absolviert
105 haben. Dies muss sich ändern. Zwar ist im letzten Jahrzehnt ein deutlicher Anstieg im
106 Organisationsgrad unter Studierenden in DGB-Gewerkschaften zu verzeichnen, jedoch
107 reicht uns das nicht aus!

108 Daher ist für uns klar, Gewerkschaften müssen an Hochschulen präsenter werden, damit
109 wir uns als Studierende in den Gewerkschaften stark machen können und gemeinsam laut
110 für den Tarifvertrag für studentische Beschäftigte kämpfen. Als Juso-Hochschulgruppen
111 müssen demnach Gewerkschaften weiterhin als starken Bündnispartner*innen verstehen,
112 um mit ihnen für bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen – sowohl inner- als auch
113 außerhalb des akademischen Milieus – zu kämpfen. Denn wir benötigen für den TVStud
114 eine enge Zusammenarbeit zwischen der Studierendenschaft und den Gewerkschaften.

115 **Jung. Akademisch. Prekär. – Die Forderungen im Überblick**

116 Doch was braucht es hier konkret? Im Folgenden werden konkrete Forderungen und
117 mögliche Wege der Umsetzung erläutert. Alle erwähnten Zahlen beziehen sich dabei auf
118 die Studie "Jung, Akademisch, Prekär" (repräsentative Befragung von über 11.000
119 Hilfskräften und Tutor*innen). Der TVStud soll die Arbeitszeiten, Urlaubsansprüche,
120 Sozialleistungen und den Stundenlohn für studentisch Beschäftigte festlegen. Durch
121 den Tarifvertrag können wir einheitliche Standards schaffen, die gleiche Bezahlung
122 für gleiche Arbeit sicherstellen und die prekäre Beschäftigungssituation vieler
123 Studierender verbessern. Deswegen fordern wir:

124 • **Fairer Lohn**

125 Wir fordern eine faire Mindestvergütung für studentisch Beschäftigte, der ihnen ein
126 existenzsicherndes Einkommen ermöglicht und eine angemessene Bezahlung für ihre

127 Arbeit gewährleistet. Doch wieso höhere und regelmäßig steigende Löhne? 77,8% der
128 studentischen Beschäftigten gelten mit weniger als 1.250€ monatlichem Gesamteinkommen
129 als armutsgefährdet. Dieser Stundenlohn sollte regelmäßig an die Entwicklung der
130 Lebenshaltungskosten angepasst werden, um den steigenden finanziellen Belastungen der
131 Studierenden gerecht zu werden.

132 • **Arbeitszeiten und Urlaubsansprüche**

133 Es ist wichtig, klare Richtlinien für die Arbeitszeiten der Studierenden
134 Beschäftigten festzulegen, um Überlastung und Burnout vorzubeugen. Wir fordern
135 angemessene Urlaubsansprüche, um den Studierenden die Möglichkeit zu geben, sich auf
136 ihr eigenes Studium und ihre Erholung zu konzentrieren.

137 Vor allem braucht es eine Mindestvertragslaufzeit, doch wieso ist diese so wichtig?
138 Die Vertragslaufzeit liegt im Durchschnitt (ohne Berlin) bei 5,7 Monaten – wir sind
139 aber durchschnittlich 20,2 Monate beschäftigt und schließen in der Zeit etwa 4,6
140 Arbeitsverträge mit der Hochschule/Forschungseinrichtung. Mindestvertragslaufzeiten
141 bedeuten mehr Planungssicherheit und weniger Abhängigkeit von Vorgesetzten; je länger
142 die Verträge, desto eher werden Arbeitnehmer*innenrechte wie Urlaub eingehalten.

143 Das Eckpunktepapier des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, welches im Frühjahr diesen
144 Jahres veröffentlicht wurde, umfasst auch Verbesserungen für studentisch
145 Beschäftigte, so auch die Anhebung der Mindestvertragslaufzeit auf ein Jahr und die
146 Verlängerung der Höchstbefristungsdauer. Dies ist ein guter Anfang, aber auch hier
147 muss nachgelegt werden: Wir fordern, dass die Novelle des WissZeitVGs eine
148 Mindestvertragslaufzeit für studentischen Beschäftigten von 24 Monaten vorsieht sowie
149 eine Streichung der Höchtbefristungsdauer!

150 • **Gleichbehandlung und Chancengleichheit:**

151 Wir fordern gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, unabhängig von Geschlecht,
152 ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder anderen strukturellen
153 Diskriminierungsformen. Um zu verhindern, dass guter Lohn vom individuellen
154 Verhandlungsgeschick abhängt, braucht es einen TVStud.

155 • **Partizipation der Studierenden**

156 Wir fordern die Einbindung der Studierendenvertretungen und Gewerkschaften bei der
157 Gestaltung des TVStud, um sicherzustellen, dass die Interessen der Studierenden
158 Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden. Daher braucht es gezielte
159 gesetzgeberische und tarifliche Regelungen, um Mitbestimmung zu gewährleisten. In
160 Deutschland haben alle Arbeitnehmer*innen das Recht, einen Betriebs-/Personalrat zu
161 wählen – aber studentische Beschäftigte sind in vielen Bundesländern ganz oder
162 teilweise von der Mitbestimmung ausgeschlossen. Nur in Berlin gibt es eigene
163 studentische Personalräte. Wo die Arbeitsbedingungen durch Personalvertretungen
164 kontrolliert werden, werden Arbeitnehmer*innenrechte häufiger eingehalten. Daher
165 braucht es, ähnlich wie in Berlin, studentische Personalräte!

166 **Daher fordern wir:**

- 167 • einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte
- 168 • eine angemessene Mindestvergütung
- 169 • eine Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten
- 170 • die ersatzlose Streichung der Höchstbefristungsdauer

- 171 • Mitbestimmung durch studentische Personalräte
- 172 • Verbesserung der sozialen Lage von hunderttausenden Studierenden (nicht nur
- 173 derer, welche an einer Hochschule arbeiten!)
- 174 • die SPD auf, sich in den Tarifverhandlungen der Länder für einen TVStud
- 175 einzusetzen